Ministerium des Innern · Politische Verwaltung

Für den Agitator

9

1983

EINE POLIZEI GEGEN DAS VOLK

Wer es vielleicht vergessen hatte, dem wurde es am 21. und 22. November 1983 im Zusammenhang mit der Bundestagssitzung und Abstimmung über die Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen des Typs Pershing II und Marschflugkörper per Bildschirm wieder nahegebracht: Die BRD-Polizei ist eine Polizei gegen das Volk. Sie ist ein Instrument der herrschenden Minderheit gegen die Mehrheit. Sie erfüllt den Auftrag des Kapitals, vor allem der aggressivsten Kräfte.

Auch für die BRD-Polizei gilt die Feststellung von Engels, daß der Stock des Polizeidieners eigentlich der Stock des Bourgeois ist.

Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, die Knüppelorgie vor dem Bonner Bundestag lieferte ihn auf ihre Weise. Deutsche schlugen auf Deutsche, wie schon so oft. Wieder einmal bestätigt sich die geschichtliche Wahrheit: Die Nationalität "deutsch" allein macht es nicht. Entscheidend ist, wo man hingehört. Wie würde diese Polizei wohl erst auf uns einschlagen, wenn sie nur könnte; wenn wir es nicht verstehen würden, unser Land zu schützen. Aber lassen wir das.

In diesen Novembertagen war das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD mobilisiert, um die um den Frieden besorgten Menschen mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und chemischen Keulen von der Bildfläche zu fegen.
70 zum Teil Schwerverletzte und 500 Verhaftete - allein vor dem hermetisch abgeriegelten Bonner Regierungsviertel während der Bundestagsdebatte - das ist ein Symptom dafür, wie es um die Dinge in der BRD wirklich steht.
Die Mehrheit der Bürger sprach sich gegen die Stationierung von nuklearen US-Erstschlagwaffen in der BRD aus. Erhebungen darüber ergaben 75 Prozent. 5 Millionen unterzeichneten den "Krefelder Appell". Vor der durch die "Grünen" im Bundestag geforderten Volksbefragung kniffen die Regierungsparteien und übrigens auch die SPD, die erst noch zeigen muß, wie ernst sie ihr Nein bei der Abstimmung überhaupt gemeint hat. Leider lehrt die Geschichte:

Übertriebene Hoffnungen bezüglich der Haltung der SPD bringen nur große Enttäuschungen.

Nimmt man es also genau, so wurde mit der Mißhandlung der Demonstranten vor dem Bundestag die Mehrheit der BRD-Bevölkerung verprügelt. Aber hat sie das auch verstanden? Die Entwicklung wird es zeigen. Wobei nicht übersehen werden darf: Ideologische Massenmanipulierung verhindert da manches. Und was die Angehörigen der DVP und der anderen Organe des MdI betrifft, so darf nicht geschlußfolgert werden, daß all die, die gegen die US-Raketen Position beziehen, Freunde der DDR sind. Antikommunistischer Ungeist verhindert da manche Einsicht. Der Erkenntnisprozeß, daß der BRD-Staat objektiv nicht die Interessen der Werktätigen vertritt, befindet sich für viele Millionen erst am Beginn.
Die da vor dem Bundestag prügelten, verkörperten den Feind - brutal und ohne Maske. Sie vertraten die Ideologie des Monopolkapitals. Übrigens die gleiche, die auch jene repräsentieren, die als Generale, Offiziere und Soldaten der Bundeswehr in den Befehlsstellen der NATO und an modernen Waffensystemen fungieren, die auf die DDR und die anderen sozialistischen Länder gerichtet sind.

Was die Polizeiaktion betrifft, so knüpfte sie voll an die Traditionen des bürgerlichen Polizeiapparates an. Gedacht sei hier nur an die brutalen Polizeiaktionen in den krisengeschüttelten 20er und 30er Jahren im Deutschland der Weimarer Republik, die heute in der BRD immer wieder als Muster demokratischer Verhältnisse hingestellt wird. So provozierte die Polizei gemeinsam mit der Reichswehr im März 1921 im mitteldeutschen Industrierevier bewaffnete Auseinandersetzungen mit den um ihre Rechte kämpfenden Werktätigen. Das kostete vielen Leuna-Arbeitern das Leben. Gegen die Arbeiter des Hamburger Aufstandes vom Oktober 1923 wurden 6.000 Mann Polizei und Reichswehr eingesetzt. Es war auch die Polizei dieser Weimarer Republik, die am 1. Mai 1929 gegen die friedliche Mai-Demonstration der 200.000 Berliner Arbeiter mit brutaler Gewalt vorging. Sie eröffnete das Feuer, tötete 33 Demonstranten, verletzte Hunderte. In der finsteren Zeit des Faschismus war die Polizei ein willfähriges Werkzeug der menschenfeindlichen Ziele der durch die Monopolbourgeoisie gestützten faschistischen Machthaber.

Im Urteil von Nürnberg wird in mehrfacher Hinsicht die verbrecherische Wirksamkeit von Polizeibehörden Nazi-Deutschlands nachgewiesen.
Bereits 1968 wurde in dem Braunbuch, mit dem die Restauration des Faschismus in der BRD entlarvt wurde, nachgewiesen, daß ebenso wie in der Regierung, in der Bundeswehr und in der Justiz auch in der Polizei alte Nazis wieder das Sagen haben. Im Braunbuch wurde festgestellt, daß über 300 Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes, die sich für die Nazipartei bis 1945 betätigt hatten, zumeist vor 1945 schon in vergleichbaren Positionen tätig gewesen sind. Sie waren vom faschistischen Staatsapparat mit dem Prädikat "vertrauenswürdig" und "zuverlässig" versehen worden. Sie übertrugen diesen Geist auf die heutige Polizeigeneration in der BRD. Ihr Denken und Handeln zeigt das immer wieder.

Die Polizei der BRD ist jedoch schon seit langem blutbefleckt. Hervorgehoben werden soll hier nur der   Mai 1952. Er stand im Zeichen des Widerstandes gegen den Generalvertrag und die EVG. Millionen westdeutsche Werktätige forderten an diesem Tag in machtvollen

Kundgebungen das Verbot der Remilitarisierung Westdeutschlands. Am 11. Mai beteiligten sich 30.000 Jugendliche im Ruhrgebiet an einer Friedenskarawane. Polizeikommandos feuerten in Essen rücksichtslos auf die jungen Patrioten. Der junge Gewerkschafter und Kommunist Philipp Müller verblutete unter den Kugeln der Polizei. Er war das erste Todesopfer des wiedererstehenden deutschen Militarismus. Andere Teilnehmer der Karawane wurden schwer verletzt.

Wir wissen: Regierungsoffizielle und bürgerliche Massenmedien in der BRD lassen nichts unversucht, dem Bundesbürger die Polizei als soziale Institution, die im Interesse aller Bürger für Sicherheit und Ordnung sorgt, zu erklären. Der Dienst in der Polizei wird als dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit dargestellt. Aber schon <u>in den 50er Jahren</u> zeigten die hinterhältigen Polizeiaktionen gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in der BRD das wahre Gesicht dieser Polizei. Sie wurde eingesetzt zur Bekämpfung von Demonstrationen der Werktätigen in mehreren Großstädten der BRD gegen die Remilitarisierung und zum Sammeln von "Beweisen" gegen die KPD, mit denen ihr Verbot durch die wiedererstarkende Monopolherrschaft bewerkstelligt wurde.

<u>In den 60er Jahren</u> wurde die Rolle der Polizei im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung weiter ausgebaut.

<u>In den 70er Jahren</u> wurden weitere Schritte zum Ausbau der machtsichernden Funktion der Polizei vollzogen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Regierungsprogramm für die "innere Sicherheit" von 1972, das in bestimmten Abständen fortgeschrieben und auf den jeweils neuesten Stand gebracht wird.
So wurden auch umfassende Maßnahmen getroffen, um die Realisierung der Stationierung der Erstschlagwaffen mit allen Mitteln abzusichern. Dazu wurden wichtige Schlüsselpositionen im Innenministerium und bei den Geheimdiensten neu besetzt, Gesetzentwürfe erarbeitet, neue Verordnungen und Richtlinien erlassen, Polizei, Verfassungsschutz und Bundesgrenzschutz auf einen "heißen Herbst" vorbereitet.

Von großer Bedeutung ist hierbei die Neufassung des Landesfriedensbruch-Paragraphen, dem der Bundesrat am 02. 09. 1983 zustimmte und damit eine 1970 vorgenommene Reform des Demonstrationsrechtes rückgängig machte. Damit soll wesentlich stärker als bisher der demokratische Bürgerprotest gegen Hochrüstung und Sozialabbau unterdrückt werden, denn es entfällt für die Gerichte auch die Beweisführungspflicht für die strafbare Handlung der einzelnen Angeklagten.
In diese Richtung gehört auch die Praxis einiger Länder der BRD, mittels einer "Vollstreckungskostenordnung" sich von Teilnehmern der Demonstration anteilmäßig den Polizeieinsatz bezahlen zu lassen. Erstmalig angewendet wurde die "Gebührenordnung für Demonstranten" am 12. 12. 1982 gegen Teilnehmer der Sitzdemonstration vor der US-Kaserne Stuttgart-Vaihingen.

Aber der Feind hat viele Gesichter. Der brutale Terror der Polizei war nur eines davon. Die noch weit Schlimmeren befinden sich in den Konzernzentralen. Sie saßen im Bundestag. Sie tummelten sich auf der Regierungsbank, im Saal und am Rednerpult. Sie gaben ihre Zustimmung zur Stationierung. Zwar als Mehrheit im Bundestag, aber als Minderheit im Verhältnis zum Willen des Volkes. Eine schöne "Demokratie" ist das. Aber wird nicht gerade sie im ideologischen

Kampf gegen den Sozialismus als Markenartikel angeboten, als erstrebenswertes Ziel hingestellt und mit allen Mitteln der ideologischen Diversion suggeriert?

Was in dieser "Demokratie" selbst in den Bundestag gewählte Abgeordnete und ihre Helfer zu erdulden haben, wenn sie nicht auf dem Regierungskurs sind, darüber können die "Grünen" nach den letzten Tagen besonders viel erzählen. Sicher ist ihnen auch klarer geworden, daß sie im eigenen Land genug zu tun haben!

Außerdem, bewaffnete Angehörige des Bundesgrenzschutzes im Bundestag - die waren bisher ja auch nicht üblich. Dieses Mal verließen sie noch einmal auf Antrag der SPD den Saal.

Das Bonner Abstimmungstheater war also ein Anschauungsunterricht im Sinne "bürgerlicher Demokratie" für eine ganze Generation.

In den Bildern des Polizeieinsatzes spiegelte sich die Moral der Herrschenden in der BRD wider. Illusionen sind da fehl am Platze. Und so sollte dies auch in den Partei- und Dienstkollektiven bei Gesprächen eine Rolle spielen.

Ministerium des Innern · Politische Verwaltung



Für den Agitator 1 1984

Einige Bemerkungen zu zwei Fragen in Auswertung der 7. Tagung des ZK der SED

In den Partei- und Dienstkollektiven werden die Dokumente der 7. Tagung des ZK der SED weiter diskutiert. Dabei findet die klare Orientierung unserer Partei auf die weitere allseitige Stärkung unseres sozialistischen Vaterlandes und für die Weiterführung des Kampfes um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, entsprechend dem Kurs des X. Parteitages, bei unseren Angehörigen weiterhin große Zustimmung.
Zugleich gibt es aber auch Fragen, die sich aus der Kompliziertheit und Vielschichtigkeit der internationalen Lage ergeben. Ihre jederzeitige klassenmäßige Beantwortung ist eine Aufgabe dieser Tage.

Eine solche Frage ist: Besteht nicht ein Widerspruch zwischen der nicht weiteren Teilnahme der UdSSR an den Verhandlungen in Genf über die Begrenzung der nuklearen Rüstung in Europa und der von Erich Honecker in der Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED getroffenen Aussage, daß es besser ist zehnmal zu verhandeln, als einmal zu schießen?

Die Antwort kann nur lauten: Nein, es gibt nicht den geringsten Widerspruch zwischen den führenden Repräsentanten unserer beiden befreundeten Länder.
Bei der weiteren Beantwortung dieser Frage darf auch an folgender Feststellung nicht vorbeigegangen werden: Zur gleichen Zeit, da die UdSSR und die USA in Genf über die Begrenzung der nuklearen Rüstung in Europa verhandelten, wurde nicht weit vom Verhandlungsort in Italien, Großbritannien und der BRD mit der Installierung neuer, das annähernde militärische Gleichgewicht zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO zerstörender, nuklearer US-Erstschlagswaffen begonnen. Mit einem solchen Schritt war der ursprüngliche Sinn der Verhandlungen gegenstandslos geworden. Den USA war das bekannt, denn die Sowjetunion hatte rechtzeitig auf die Folgen hingewiesen.

Eine Fortführung dieser Verhandlungen seitens der UdSSR unter der konkret durch die USA und ihre NATO-Verbündeten geschaffene Lage hätte nur den USA geholfen, die Völker irrezuführen und die neu entstandene gefährliche Situation zu bemänteln.
Das wäre dem Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens abträglich gewesen. So war und ist die Lage.

Sie machte es übrigens auch notwendig, daß die Sowjetunion ihre Position bei den SALT-Verhandlungen in Genf neu durchdenken muß, weil die Stationierung der neuen US-Erstschlagswaffen auch die strategische Situation verändert. Aber nicht nur das. Sicherlich kann das alles auch die Haltung der an den Wiener Verhandlungen teilnehmenden sozialistischen Staaten nicht unberührt lassen.

An Verständigungswillen hat es der UdSSR wahrlich nicht gefehlt. Erinnern wir uns: Noch vor dem NATO-Doppelbeschluß schlug die Sowjetunion vor, unverzüglich Verhandlungen über Raketen mittlerer Reichweite aufzunehmen, um eine neue Runde des Wettrüstens zu verhindern. Doch die Verhandlungen begannen erst ein Jahr später (im Oktober 1980) und wurden schon bald von den USA bis November 1981 unterbrochen. Weitere fast zwei Jahre befaßte sich die amerikanische Seite damit, ihre wissentlich unakzeptablen "Varianten" zu verteidigen und wollte nichts anderes hören. Die Entwicklung der Verhandlungen zeigte, ein fruchtbringender Dialog fand nicht statt, obgleich die Sowjetunion ein Maximum an gutem Willen demonstrierte.

Jetzt bekennen sogar ehemalige US-Außenminister, darunter der Scharfmacher Haig, daß die Reagan-Administration bei den Verhandlungen nicht ernsthaft alle Möglichkeiten für eine Übereinkunft genutzt hat. Wobei hinzuzufügen wäre, das war gewollt. An einem Erfolg der Verhandlungen war man in Washington überhaupt nicht interessiert. Die USA tragen somit ganz eindeutig die Schuld dafür, daß der Welt eine neue, außerordentlich gefährliche Runde des Wettrüstens aufgezwungen wurde.

Was nun die Darlegungen von Genossen Erich Honecker betrifft, so wird jeder, der sich ernsthaft mit der Politik der UdSSR zur Sicherung des Friedens befaßt, unschwer erkennen, daß der Grundsatz, zehnmal verhandeln ist besser als einmal schießen, stets fester Bestandteil ihrer Politik ist. Die Beweise dafür reichen vom ersten Dekret der jungen Sowjetmacht, dem Dekret über den Frieden, bis zu den jüngsten Verlautbarungen, wobei die Erklärung des Genossen Juri Andropow vom 24. November 1983 besonders hervorzuheben ist. Was Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK der SED sagte, steht nicht im geringsten im Widerspruch zur sowjetischen Haltung in Genf. Es ist vielmehr eine Bekräftigung der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Eben deshalb stellte sich die 7. Tagung des ZK einmütig hinter die genannte Erklärung Juri Andropows.

Eigentlich wäre damit die Frage beantwortet. Aber mit dem Blick auf die im Januar 1984 in Stockholm beginnende "Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" noch folgendes: Trotz der schwerwiegenden Probleme, die mit der neuen Lage entstanden sind, werden die sozialistischen Staaten alle Möglichkeiten nutzen, fruchtbringende Verhandlungen im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz in Gang zu setzen.

Letztlich darf nicht vergessen werden, daß gerade sie es waren, die auf dem Madrider Treffen den Vorschlag zur Durchführung oben genannter Konferenz einbrachten und seine Aufnahme in das abschließende Dokument gegen den Willen der USA und anderer NATO-Staaten durchsetzten.
In Madrid konnten die Reagan und CO die Ansetzung einer solchen Konferenz nicht verhindern. Mit welchen Positionen sie in Stockholm auftreten und wie sie sich verhalten werden, wird die Praxis zeigen. Was die sozialistischen Staaten betrifft, so kann man heute schon sagen: Auch auf der Konferenz in Stockholm werden sie von der Position ausgehen, daß es besser ist, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen.

Angesichts der Mehrheit im Bonner Bundestag für eine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD fragten einige Genossen mit Empörung: "Warum lassen wir uns so viel Niederträchtigkeiten seitens der BRD gefallen; sind wir im Ton nicht viel zu milde?"

Zunächst folgendes: Die Antwort auf eine solch schwerwiegende Entscheidung, wie sie durch den Bundestag der BRD getroffen wurde, ist selbstverständlich nicht zuerst eine Frage des Tonfalls, sondern muß mehr sein. Und gefallen lassen wir uns von der BRD überhaupt nichts! Allein die Tatsache, daß die DDR nunmehr schon beinahe 35 Jahre existiert, ist Beweis genug. Wir haben immer die zweckmäßigste Antwort mit der richtigen Würze gefunden. Schließlich sind 35 Jahre DDR zugleich auch 35 Jahre Auseinandersetzung mit dem BRD-Imperialismus in allen Varianten, die unterhalb der Schwelle des heißen Krieges existieren. Wer dabei unsere Ausgangspositionen, sagen wir vom 07. Oktober 1949, mit dem heute Erreichten vergleicht, wird unschwer erkennen, unsere Politik war erfolgreich.

Was nun die konkrete Antwort auf die Stationierung von nuklearen Erstschlagswaffen in der BRD betrifft, so ist sie mit der Verkündung über die in Abstimmung mit der UdSSR und der CSSR begonnenen Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite auf dem Territorium der DDR und der CSSR gegeben worden. Übrigens eine Antwort, die der NATO überhaupt nicht gefällt.

Zur Beantwortung der gestellten Frage gehört jedoch auch folgendes:

Wenn unsere Partei- und Staatsführung auf gegnerische Aktivitäten und Propagandaaktionen antwortet, dann geht es doch nicht zuerst um milde oder scharfe Worte, sondern stets um die politische Substanz des Gesagten, um die Einheit von Wort und Tat. So auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zur Raketenstationierung in der BRD. Schließlich handelt es sich hier um Fragen, die das friedliche Leben und die Existenz der Völker betreffen. Jede Hysterie und Unbesonnenheit, die man auch in diesen Fragen leider in westlichen Gefilden zu oft antrifft, ist unseren Repräsentanten fremd.

Wenn Genosse Erich Honecker hinsichtlich des ernsthaften Schadens, den die Entscheidung des Bundestages für die Stationierung der USA-Raketen für das europäische Vertragssystem, einschließlich des Grundlagenvertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und

der BRD, angerichtet hat, sagte: "Wir sind dafür, den Schaden möglichst zu begrenzen", dann hat das nichts mit Milde zu tun, sondern mit Verantwortungsbewußtsein. Es gibt zu dieser Aussage keine vernünftige Alternative. - Soweit dazu.

Wer das 7. Plenum gut studiert, wird feststellen, daß darüber hinaus der BRD-Regierung auch manch anderes deutlich gesagt wurde. Unter anderem dies:

> "Wer glaubt, er könne angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles der DDR anders begegnen als einem souveränen Staat, wer glaubt, er könne jenen Passus im Grundlagenvertrag einseitig außer Kraft setzen, der besagt, daß jeder der beiden deutschen Staaten über seine inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheidet, befindet sich auf dem Holzweg."

Redaktionsschluß: 22. 12. 1983